

Berner Chaostruppe

Die Bundespräsidentin sendet am Eidgenössischen Schwingfest Giftpfeile gegen Amerika. Vor der eigenen Haustüre zu kehren, kommt der Regierung nicht in den Sinn.

Philipp Gut

Schlimmer geht nimmer, mögen sich manche am 1. August gesagt haben, als Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter nach ihrem missglückten Telefonat mit US-Präsident Donald Trump ausgerechnet am Nationalfeiertag auf dem Rütli das Verdikt im Handelsstreit erklären musste. Seit Sonntag wissen wir: Schlimmer geht immer. Keller-Sutter brachte

Die Verwaltung ist so aufgebläht wie nie – und trotzdem erreichen die ausgelagerten Mandate Rekordwerte.

das Kunststück fertig, auch das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest in Mollis vom Zolldebakel und ihrem persönlichen diplomatischen Waterloo überschatten zu lassen.

In ihrer Ansprache sprach sie praktisch über nichts anderes, auch wenn sie den Namen des Leibhaftigen, den Namen Trumps, nicht aussprach. Die Schweiz stehe aussenpolitisch und wirtschaftlich vor grossen Herausforderungen, die Standfestigkeit von Schwingern sei gefragt. «Wir müssen zusammenrücken und auf eigene Stärken setzen. Wir sind verlässlich, wir sind berechenbar», so Keller-Sutter. Jeder in der Arena und vor dem Fernsehbildschirm zu Hause verstand, was sie zwischen den Zeilen meinte: Amerika und Trump sind das alles nicht.

Im VBS brennt der Baum

Natürlich ist es leicht, die Schuld dem bösen Mann in Washington in die Schuhe zu schieben, dem angeblich irrationalen Donnergott, der Zollblitze sendet, wie es ihm gerade passt. Doch wäre aus Schweizer Sicht eine etwas selbstkritischere Einschätzung nicht hilfreicher, auch im Hinblick auf weitere Verhandlungen? Längst ist im Detail bekannt, wie schlecht bei den Amerikanern die von Trump als «oberlehrerhaft» empfundene Bundespräsidentin angekommen ist. Dass sich Keller-Sutter auch noch mit der erfahrenen Handelsdiplomatinnen Helene Budliger Artieda, Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft, zerstritten hat –

dafür kann Trump nun wirklich nichts. Man kann sich das Leben auch selbst schwermachen.

Der Eindruck verdichtet sich, dass sich in der Landesregierung Fehltritte, Missgeschicke und persönliche Animositäten häufen, wobei es nicht selten bereits am Handwerklichen zu hapern scheint: Chaostruppe Bundesrat. Betroffen sind davon nicht nur die Bundespräsidentin und ihr Finanzdepartement, sondern auch Kollegen in anderen Ministerien.

Beispiel VBS: Im Verteidigungsdepartement, das Martin Pfister von seiner Mitte-Partei-Kollegin Viola Amherd übernommen hat, brennt der Baum lichterloh, seit Jahren. Kaum ein Geschäft, kaum eine Beschaffung, die ordentlich über die Bühne geht und bei der die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Dabei reden wir nicht von der Mirage-Affäre in den 1960er Jahren, sondern von Projekten der unmittelbaren Vergangenheit oder Gegenwart, vom Überwachungssystem für den Luftraum über die Aufklärungsdrohnen aus Israel bis zu gescheiterten IT- und Telekommunikationsvorhaben, ganz zu schweigen von der über eine halbe Milliarde teuren Sanierung der Duro-Laster oder der Endlosräumung des Munitionsdepots Mitholz.

Alleine die Skandale beim VBS, kritisiert auch von zuständigen Parlamentskommissionen, füllen Seiten und haben Milliarden an Mehrkosten verursacht, ohne dass die Projekte und Produkte, sofern diese überhaupt geliefert worden sind, einwandfrei funktionieren würden. Hinzu kommen diverse Affären und Personalprobleme samt Vetterliwirtschaft und Korruptionsfällen

beim bundeseigenen Rüstungsbetrieb Ruag sowie der Abgang der Führungsspitze der Armee, von Chef Thomas Süssli bis zu Luftwaffenkommandant Peter Merz.

Cassis' Selenskyj-Show

Der jüngste Aufreger betrifft die amerikanischen F-35-Kampffjets, bei denen der Bund nicht einmal in der Lage war, die Verträge wasserdicht zu machen. Er hat dies für 2,5 Millionen Franken an eine Anwaltskanzlei übergeben, die ironischerweise darauf hinwies, auf diesem Gebiet keine Expertise zu haben. Gleichwohl hat Pfister nun angeordnet, alle Grossprojekte extern überprüfen zu lassen. Die Verwaltung ist so aufgebläht und teuer wie nie – und trotzdem erreichen die ausgelagerten Mandate Rekordwerte. Die Steuerzahler sind doppelt die Dummen.

Kurzum: Das VBS wurstelt herum, jongliert mit Milliarden und lässt sich vorführen. Das Tüpfelchen auf dem i sind dann noch so schnoddrige und irreführende Antworten, wie sie eine Amherd auf kritische Fragen zum F-35-Fixpreis aus dem Parlament gegeben hat («Wollen Sie eine Bestätigung der Bestätigung?»).

Ob Pfister, bis zu seiner Wahl in den Bundesrat über seinen Heimatkanton Zug hinaus kaum aufgefallen, der Mann ist, um hier entschlossen aufzuräumen, wird sich weisen. Sicher ist schon jetzt, dass er den von seiner Vorgängerin eingeschlagenen EU- und Nato-Kurs fanatisch fortsetzt, als ob die Schweiz mit ihrer bewaffneten Neutralität und dem





«Wir sind verlässlich, wir sind berechenbar»: Bundesräte Keller-Sutter, Cassis, Jans, Pfister (v. l.).

Heraushalten aus den Händeln der anderen nicht sicher und gut über die Runden gekommen wäre.

Rumpeln, Krachen, Stolpern auch im Aussen-departement von Ignazio Cassis. Der sympathische Tessiner hat sein Lächeln und die Leichtig-

Ohne Not hebelte der Bundesrat das Ständemehr aus, ausgerechnet in dieser Schicksalsfrage der Nation.

keit des Seins und Regierens längst verloren, wirkt angespannt, hat sich in den Fallstricken einer einseitig nach Brüssel ausgerichteten Europapolitik verheddert und agiert zunehmend glücklos. Nach dem Übungsabbruch beim Rahmenvertrag kommt nun eine keines-

wegs harmlosere Neuauflage. Schlechte Presse gab das Versteckspiel im Frühsommer, als die längst ausgehandelten Verträge nur ausgewählten Parlamentariern und Meinungsmachern gezeigt wurden. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hebelte der Bundesrat ohne Not das Ständemehr aus, ausgerechnet in dieser Schicksalsfrage der Nation.

Ansehen der Schweiz beschädigt

Auch in Sachen Neutralität macht die Schweiz unter der Federführung ihres Aussenministers keine *bella figura*. Nur kurz hielt der Bundesrat nach dem russischen Angriff auf die Ukraine an den bewährten neutralen Grundsätzen fest. Unter ausländischem Druck schwenkte er auf einen Pro-Kiew-Kurs ein, samt der Übernahme der Sanktionen und der Ausrichtung der ein-

seitigen Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock, die als «Selenskyj-Show» in die Geschichte einging. Als nach dem Gipfel Trumps mit Wladimir Putin in Alaska und dem darauf folgenden Empfang europäischer Spitzenpolitiker im Weissen Haus Genf als möglicher Ort für ein direktes Treffen zwischen Putin und Selenskyj herumgeisterte, streckten Cassis und das EDA plötzlich wieder die Nase aus dem Fenster. Dabei scheint der Zug einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik längst abgefahren zu sein. Das Ansehen der Schweiz in der Welt bleibt beschädigt, selbstverschuldet.

Aktuell rumort es im Aussendepartement auch wegen des «Zankapfels Gaza». Prominente Ex-Botschafter, von Tim Guldemann bis Jean-Daniel Ruch, mischten sich ein und sprachen in einem Brief an Cassis von «Formen ethnischer Säuberung und genozidaler Prozesse» durch Israel. Das Schreiben unterzeichnet hatten auch aktive EDA-Mitarbeiter. Diese erhielten einen Anruf der Personalabteilung, und um die ehemaligen Botschafterkollegen kümmerte sich Staatssekretär Alexandre Fasel persönlich. Gegenüber dem *Blick* bestätigt das EDA, dass dabei «die Loyalitätspflicht erörtert» worden sei – ein deutlicher Hinweis auf Führungsprobleme. Vorbei sind offenbar die Zeiten, als Diplomaten zu den diskretesten Bundesdienern zählten.

»»



Und was ist aus dem Hoffnungsträger Beat Jans geworden, bei dessen Wahl in den Bundesrat selbst eine *Weltwoche* meinte, «Jans kann's»? Der Justiz-, Polizei- und Asylvorsteher bringt kaum Ausschaffungen zustande und betreibt eine Politik der offenen Scheunentore, belehrt aber die Deutschen, wenn sie ihre Grenzen zu sichern versuchen. Das EU-Recht verbiete dies, doziert Jans, während die EU-Staaten ringsum es einfach machen. Die Erwartungen, dass Jans das Laisser-faire seiner Genossin Elisabeth Baume-Schneider beende und das Asylchaos in den Griff kriege, haben sich nicht erfüllt. Lieber lässt er Afghanen einfliegen.

Jans kann's nicht

Als Ende August die Stadt Lausanne brannte und Polizisten tätlich angegriffen wurden, hörte man von Jans kein Wort. Wegen ein paar ausgeplauderter privater Chatnachrichten gerät nun ein ganzes Korps unter Rassis-

Der Justiz-, Polizei- und Asylvorsteher betreibt eine Politik der offenen Scheunentore.

musverdacht. Niemand stellt sich hinter die Ordnungskräfte, die täglich die Dreckarbeit machen und ausbaden müssen, was ihnen die Politiker mit ihrer Weigerung, das Zuwanderungs- und Asylproblem zu lösen, an Gewalt und Kriminalität eingebrockt haben.

Zweifeln darf man auch daran, ob Baume-Schneider nach ihrer Flucht aus dem EJPD die Richtige ist, um das Ruder im Grossdepartement des Innern herumzureissen. Dessen Spezialisten verrechnen sich bei den AHV-Zahlen

seit Jahren. Auf Druck der Gewerkschaften liess Baume-Schneider Amtsdirektor Stéphane Rossini fallen, obwohl ihn ein Bericht entlastete. Im Juni trat er ab.

Der Zahlenstreit ist natürlich auch politisch motiviert. «Ob das bewusste Irreführung oder Inkompetenz ist, sei dahingestellt», schoss SGB-Chefökonom Daniel Lampart gegen Genosse Stéphane Rossini. Die Mathematiker des Bundesamts für Sozialversicherung widersprachen («Die Finanzperspektiven waren sogar ein wenig zu optimistisch – und nicht zu pessimistisch, wie oft behauptet wird»). Das Grundproblem bleibt: Die AHV ist angesichts der demografischen Entwicklung nicht mehr finanzierbar. Die älter werdende Bevölkerung müsste länger arbeiten. Ob Baume-Schneider diese unangenehme Botschaft überbringen kann und will, ist mehr als fraglich.

Als Gesundheitsministerin verwaltet Baume-Schneider das Erbe von Affärenkönig Alain Berset, der sich in den Europarat abseilte. Anstatt das Corona-Debakel schonungslos zu durchleuchten und daraus die Lehren für die Zukunft zu ziehen, lässt sich Baume-Schneider von ihren Beamten im Bundesamt für Gesundheit mit noch mehr Dampf in die entgegengesetzte Richtung leiten: Das neue Epidemiengesetz, bei dessen Vernehmlassung kritische Stimmen wegfrisiert wurden, verstärkt den Berner Bürokratismus und Zentralismus weiter, statt ihn zu beschneiden. Von Selbstkritik der Behörden keine Spur. Dafür wird die Selbstbestimmung der Bürger nur noch mehr eingeschränkt.

Ausdruck dieser realitätsresistenten Unbelehrbarkeit ist ein NZZ-Interview von BAG-Direktorin Anne Lévy vom Montag, in dem sie auf die Frage, ob es wert gewesen sei, die Un-

geimpften vom gesellschaftlichen Leben auszuschliessen und derart tiefe Gräben in die Gesellschaft zu reissen, antwortete: «Es mag unschön gewesen sein, aber notwendig.»

Gleichzeitig biedert sich Baume-Schneider bei der WHO an, verspricht ihr zusätzliche 66 Millionen Franken. Der Bundesrat stimmte auf ihren Antrag auch den verschärften inter-

Keller-Sutter ist offensichtlich nicht mehr fähig, das kakofonische Orchester zu dirigieren.

nationalen Gesundheitsvorschriften zu, die die Souveränität der Schweiz empfindlich beschneiden. Auch hier gilt: Andere Länder, wie Italien oder Österreich, machen es besser, sie machen gar nicht mit, ganz abgesehen von den USA, wo ein unerschrockener Aufklärer wie Robert F. Kennedy jun. Licht ins Dunkel bringt und sich mit der Impfmafia anlegt. In der Schweiz bleibt «Aufarbeitung» derweil ein Fremdwort.

Betriebsunfall Blocher

Bei allem Respekt für die Bundesrätin: Im Fall Baume-Schneider zeigt sich ein Phänomen, das nicht nur sie betrifft. Gerne wählt das Parlament eher schwächere, weichere Kandidaten mit nicht allzu viel Profil in die Regierung. Das galt auch für einen Guy Parmelin von der SVP, der sich 2015 gegen Fraktionschef Thomas Aeschi und den Tessiner Staatsrat Norman Gobbi durchsetzte. Die Wahl des führungsstarken Unternehmers Christoph Blocher 2003 war insofern ein Betriebsunfall – und das System spuckte ihn ja bei nächster Gelegenheit auch rasch wieder aus.

Dass ein Magistrat, wie es der ruhige Parmelin tut, nicht allzu viel von sich reden macht, mag zwar auch sein Gutes haben, erst recht für einen Wirtschaftsminister, eine Berufsgattung, von der das Bonmot umgeht, je weniger sie tue, desto besser. In der aktuellen Lage kommt man indes nicht um die Beobachtung herum, dass der Bundesrat in der aktuellen Besetzung nicht das Bild einer souveränen und geschlossenen Führungsriege abgibt, die mit den Trumps und den Troubles dieser Welt zurechtkommt.

Keller-Sutter, der man neben einem Albert Rösti noch am ehesten einen Führungsanspruch im Kollegialgremium zutraute, ist offensichtlich nicht mehr fähig, das kakofonische Orchester zu dirigieren. Nichts gegen ein gesundes Selbstbewusstsein. Aber bevor man allen anderen die Schuld gibt und sich selbst auf die Schulter klopft, wie es die Bundespräsidentin am Eidgenössischen so aufreizend getan hat («Wir sind verlässlich, wir sind berechenbar»), wäre es vielleicht nicht so schlecht, zuerst die Hausaufgaben zu machen und wenigstens die grössten Schnitzer auf dem nationalen und internationalen Parkett zu vermeiden.



Tourismus in der Schweiz – Chancen und Risiken

Ab Montag, 8. September, täglich ab 17.30 Uhr auf




Ab Montag, 15. September, täglich ab 17.20 Uhr auf




www.fokus-kmu.tv



Sponsoringpartner




Eine Sendung des Schweizerischen Gewerbeverbandes

sgv@usam